

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlandsverkehr Mk. 15.00 einschließlich Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einseitige Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., auswärts 65 Pfg., Reklamezeilen 180 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaf in Wildbad.

Nummer 191

Februar 179

Wildbad, Mittwoch, den 17. August 1921

Februar 179

55 Jahrgang

Tagespiegel.

Das Reichsernährungsministerium hat das Ersuchen des bayer. Ministerpräsidenten v. Kahr um Anwendung der in Par. 42 der Reichsgetreideordnung dem Reichsernährungsministerium eingeräumten Befugnisse abgelehnt. Die Getreideaufkäufe in Bayern seien nicht so groß, daß sie die Abschließung Bayerns vom Reich in der Getreidewirtschaft rechtfertigten.

Der Reichswirtschaftsrat hat sich für die Aufnahme von Betriebsräten in den Aufsichtsrat von Privatunternehmungen als gleichberechtigte Mitglieder ausgesprochen.

Die Breslauer Staatspolizei hat ein Nest von polnischen Agenten ausgenommen, die in ganz Schlessien Spionage trieben.

In Thüringen wurden bolschewistische Agenten mit falschen Pässen festgesetzt.

Die griechischen Truppen haben Kosmid besetzt. Damit ist die Verbindung Ungarns mit Konstantinopel unterbrochen.

Nach dem spanischen Heeresbericht aus Melilla vom 16. August ist eine Stellung auf dem Wege Sidi Amarar eingenommen worden, die die Halbinsel der drei Gabeln abschließt und beherrscht. Die Kabylen leisteten heftigen Widerstand, wurden aber zerstreut, nachdem sie große Verluste erlitten hatten.

Der Londoner „Daily Telegraph“ meldet, die britische Vertretung in Moskau habe sich davon überzeugt, daß das Elend in Rußland viel größer sei, als berichtet werde. Die Hungersnot werde sich im nächsten Jahr in noch stärkerem Maß wiederholen. Die Erbitterung der Bevölkerung, auch der fahnenflüchtigen roten Soldaten, richte sich hauptsächlich gegen die Juden.

Eine englische Predigt gegen die Schuldflüge.

An einem der letzten Sonntage hielt der englische Reverend (Pfarrer) Dr. W. Walsh, der auch in den Vereinigten Staaten hohes Ansehen genießt, in der Steinweg-Halle in London einen religiösen Vortrag über die Schuldfrage. Der Vortrag ist jetzt im Druck erschienen. Wir entnehmen ihm das Nachfolgende. Dr. Walsh begann mit der Erklärung, sein Gewissen erlaube ihm nicht länger zu schweigen. Zum Text hatte er das achte Gebot gewählt, und seine Rede war der Nachweis, wie schwer die Verbündeten gegen dieses Gebot sündigen mit ihrer Flucht von der Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg.

„Ohne die andere Seite zu hören, machte sich das britische Volk die Beschuldigung zu eigen, Deutschland allein sei schuld an der Entfesselung des Kriegs, und schritt dann dazu, durch seine Hungerblockade Deutschlands Kinder und Frauen und alte Leute zu töten. Um den Kriegsgeld zu steigern, haben die britischen Staatsmänner ein Verdammungsurteil gegen ein ganzes Volk gefällt, es mit erstaunlicher Frechheit verbreitet und es jetzt gebracht, die große Masse des britischen Volks zu überreden, daß Deutschland eine Verbrechenation sei, der einzige Verbrecher in Europa. Unter der Wut und dem Antriebe dieser Lüge gelang es der Kriegspartei, das britische Volk zu verleiten. Diese politische Verleumdung war es, die den Krieg um zwei Jahre verlängerte, Millionen weiterer Leben opferte und schließlich Europa in ruhmlosen Bankrott und Ruin stürzte. Aber allmählich mit dem Nachlassen des Kriegesiebers ist diese Verleumdung einer immer wachsenden Zahl von Leuten weniger glaublich geworden und verhehlte Tatsachen sind, wie Ermordete aus ihren Gräbern, ans Tageslicht gekommen, um gegen sie zu zeugen.“

Dr. Walsh wies dann darauf hin, wie Lloyd George in einem unbedachten Augenblick selbst einmal der Wahrheit die Ehre gab, allerdings nur um dann wieder unter dem Einfluß Briand und der „Times“ anlässlich der Londoner Konferenz „das Dogma von Deutschlands alleiniger Schuld wieder auszusprechen“. „Aber dieses Dogma kann keine Prüfung ertragen. Vor allem veröffentlichten Beweismaterial hat es sich verflüchtigt. Die nach dem

Krieg erfolgten Enthüllungen über geheime Verträge und Abmachungen Serbiens, Rußlands, Oesterreichs, Englands, haben es sinnlos gemacht. Es widersprechen ihm viele Tatsachen von erster Bedeutung und selbst Aeußerungen der Kriegsheber, die das Dogma in Umlauf brachten.“

Auf den Einwand, Deutschland habe ja durch die Unterzeichnung des Versailler Vertrags seine alleinige Verantwortlichkeit selbst anerkannt, antwortete der Prediger: Ich gebe die Tatsache zu. Ich würde sie gern vergessen. Und der Tag wird kommen, da britische Männer und Frauen sie gern vergessen würden, da sie ihr Haupt hängen lassen und über ihr erdient werden. In unserer ganzen langen, rauhen Geschichte wird man sich wenige Szenen mit mehr Schmerz ins Gedächtnis zurückrufen, als jene Szene in Versailles, da der Führer der deutschen Friedensabordnung (Fhr. v. Versner) sich weigerte, seine Hand unter ein Dokument zu setzen, das die Unehre seines Landes proklamierte. Hier haben wir die Einfachheit wahrer Größe. Gewiß nachher unterzeichneten andere Hände das Dokument. Aber sie unterzeichneten unter Zwang durch Drohung. Aber die ganze Welt gibt zu, daß eine so erzwungene Unterzeichnung keinerlei moralische und bindende Kraft hat.“

Dr. Walsh betonte, daß die Lüge außerhalb Englands und Frankreichs nirgends mehr Glauben finde, und er warnte: „Wenn sie trotzdem auf Friedensbedingungen beharrten, die allein auf diese Lüge gegründet sind, wird der geheilte deutsche Simon in seiner Erbitterung schließlich die Säulen ihres Tempels packen und ihr zusammenstürzen lassen, und wenn er sich selbst unter den Trümmern begräbe. Die große Bedeutung einer Herabsetzung der Schuldlüge liege eben darin, daß ohne sie keine gründliche Revision des Friedensvertrags möglich sei, die ihrerseits wieder die Voraussetzung der Herstellung eines wirklichen Friedens sei, und er rief seinen Hörern zum Schluß zu:

„Denket wohl nach über alle die Tatsachen und studiert eifrig die ganze Literatur, die sich auf die Kriegsverursachen bezieht; dann wird euch diese faule Verleumdung zunichte werden. Denket an die britische und französische Politik in Marokko, an Rußlands Ränke mit Serbien, an die Ermordung des österreichischen Erzherzogs, an die russische Mobilisierung, an Oesterreichs Angst, seine südslawischen Provinzen zu verlieren, an Deutschlands Angst, Oesterreich möge dadurch geschwächt werden und es selbst einem Angriff durch Rußland und dem Panlawidismus offenstehen, der nach dem Bosporus und nach Konstantinopel drängte. Erwäget Englands geheime Abmachungen mit Frankreich und dem zaristischen Rußland und seine militärischen Verpflichtungen gegen diese Länder Jahre vor dem Krieg. Erwäget auch die Geheimverträge, die die Verbündeten eingingen, als der Sieg in Sicht schien, Verträge, so verbrecherisch, daß sie die schlimmsten Verbrechen Deutschlands rechtfertigten und seinen Glauben bestärkten, es führe einen Verteidigungskrieg. Erwäget alles das und vieles andere und ihr werdet zur Einsicht kommen, daß das Dogma von Deutschlands alleiniger Schuld eine verkehrte Erfindung ist.“

Der Hansabund gegen die Leistungsverbände.

Vom Hansa-Bund wird uns geschrieben:

Wie berechtigt die Warnungen des Hansa-Bundes vor Rathenaus Wirtschaftsplänen waren, zeigt die Verordnung über die Bildung von Leistungsverbänden für den Wiederaufbau, die trotz der Abänderungen, die der genannte Ausschuss des Reichstags ohne gutachtliche Beteiligung der zuständigen Wirtschaftsverbände angenommen hat, die ernstesten Gefahren für eine gedeihliche Entwicklung der Notwendigkeiten für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft in sich birgt. Ganz abgesehen davon, daß unter den heutigen Umständen bei den unausbleiblichen Preisschwankungen im freien Verkehr eine lehrdliche Organisation solchen Formats, wie sie die Verordnung vorsieht, überflüssig und schädlich ist, hat sich der Wiederaufbauminister bei der Bildung von Leistungsverbänden für Wiederaufbaulieferungen so weitgehende Befugnisse vorbehalten, daß damit der Weg einer neuen staatlichen Zwangswirtschaft wieder beschritten zu

werden droht. Der Wiederaufbauminister ist nach der Verordnung befugt, neben den Leistungsverbänden der Länder, die eine rein bürokratische Organisation darstellen, selbständige Leistungsverbände zu bilden. Die bereits bestehenden Fachverbände sollen dazu nur gutachtlich gehört werden. Auch dem neunten Ausschuss des Reichstags ist lediglich ein Einspruchsrecht ohne aufschiebende Wirkung vorbehalten. Damit ist die Bildung freiwilliger Leistungsverbände ausgeschaltet. Durch die vorgeschriebene Genehmigung der Satzungen der Leistungsverbände erhält der Wiederaufbauminister auch Kontrollrechte für die Arbeit des Zwangsverbands, sowie Befugnisse für die Verteilung der auszubringenden Leistungen. Ferner hat die sogenannte „Anforderungsbehörde“, über deren Zusammensetzung Angaben nicht gemacht werden, gegenüber den Leistungsverbänden und den Inhabern der Betriebe das Recht, Leistungen unter hohen Strafdrohungen anzufordern und zur Erfüllung ihrer Leistungspflicht Gegenstände zu beschlagnahmen und zu enteignen. Die Möglichkeit, durch freie Vereinbarungen zwischen deutschen Herstellern und französischen Bezüglern angemessene Preise zu erzielen, wird durch das in der Verordnung vorgesehene Preis- und Vergütungssystem vereitelt.

Die vom Wiederaufbauminister geplante Organisation von Leistungsverbänden verschiedener Art kann schon deshalb nicht erfolgreich wirken, weil bei der heutigen Wirtschaftslage eine solche Zentralisierung des Handels, in die auch Industrie und Landwirtschaft einbezogen werden müßten, nicht denkbar ist, ohne die Wirtschaft auf ganz andere Grundlagen zu stellen. Da diese Verbände aber theoretisch und praktisch die Vorstufe für eine zukünftige Entwicklung der „Planwirtschaft“ sein können, müssen alle betriebligen Preise bei der in der nächsten Zeit zu erwartenden Bildung von Leistungsverbänden darüber wachen, daß der beherrschende Zwang nicht überhand nimmt und daß der neunte Reichstagsausschuss von seinem Kontrollrecht und seiner Einspruchsbefugnis rechtzeitig jedesmal Gebrauch macht, wenn die Interessen der Gewerkschaften gefährdet sind.

Besonders bemerkenswert für die künftige Arbeit der Leistungsverbände ist es, daß die zum größten Teil überalterten Außenhandelsstellen sich als selbständige Leistungsverbände für den Wiederaufbau zur Verfügung stellen möchten, wodurch die Außenhandelsüberwachung vereitelt würde, da die Lieferungen durch Außenhandelsstellen nur im Weg von Ausfuhrverboten sichergestellt werden können. Die auf diesem Weg geplante Organisation der Wiederaufbaulieferungen erschwert also den Übergang zur freien Wirtschaft und läßt die Zwangswirtschaft in verstärktem Maße in anderer Form entstehen.

Neues vom Tage.

Aufruf an die Oberschlesier.

Berlin, 16. Aug. Gemäß der Aufforderung des Obersten Rats richtet die Reichsregierung an die deutsche Bevölkerung in Oberschlesien einen Aufruf, der ihre Ruhe und Besonnenheit in allen Leiden und Herausforderungen anerkennt und sie ermahnt, durch nichts zu unüberlegten Handlungen sich verleiten zu lassen. Das ganze deutsche Volk hoffe, daß der Tag nicht fern sei, an dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Wiedervereinigung Oberschlesiens mit Deutschland Anerkennung finde.

Die Reichstagstagung.

Berlin, 16. Aug. Nach der Bestimmung des Reichstagspräsidenten bleibt es beim Wiedervereinigen des Reichstags am 6. September. Voransichtlich wird der Reichstag nur bis 10. September zusammenbleiben und sich dann bis Mitte Oktober verlagern, um den Steuer- und Ausschüssen Gelegenheit zur Durcharbeitung der Steuerentwürfe zu geben.

Uebereifer schadet nur.

Berlin, 16. Aug. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß bei Erfüllung des Ultimatus Handwaffen, Munition, Fernrohre usw. weit über die erforderliche Menge abgeliefert worden und dadurch in den Truppen-Ausrüstungen und in den Vorräten der Zeugämter und Munitionsanstalten der Reichswehr Fehlbestände eingetreten sind.

